

FINANZKRISE: DIE KUNDEN ZAHLEN FÜR DIE KRISE!

Harald Glatz, Christian Prantner

1. Verbraucher haben Geld verloren

Es ist nicht einfach die Schäden zu quantifizieren, die Konsumentinnen und Konsumenten in der Folge der Finanzkrise zu tragen hatten und zu tragen haben.

Feststeht, dass sie die Folgen eines ungesteuerten, liberalisierten und aus den Fugen geratenen Finanzmarktes offenbar sehr einseitig zu tragen haben.

Die meisten der Konsumentinnen und Konsumenten waren keine Spekulanten, die aus schierer Gier sich in abenteuerliche Finanzgeschäfte eingelassen haben. Es sind Menschen, die ihr Ersparnis für die Altersvorsorge angelegt haben, Menschen die attraktive Kredite für den Hausbau gesucht haben.

Passiert ist ihnen

- ein Verlust des angesparten Vermögens durch den Verfall der Wertpapiermärkte,
- Kauf von windigen Produkten, die ihnen von provisionsgetriebenen Verkäufern unter Vorspiegelung falscher Tatsachen angedreht wurden,
- Sparzinsen, die zu niedrig waren im Vergleich zu den Refinanzierungskosten der Banken,
- Kreditzinsen die zu hoch waren im Vergleich zu den Leitzinsen und Interbankzinsen der Banken,
- Fremdwährungskredite, die auf Grund der Wechselkursänderungen und auf Grund des Verfalls des Wertes der Tilgungsträger kaum mehr rückzahlbar sind.

Die Finanzkrise ist am durchschnittlichen Sparer und Anleger in Österreich nicht spurlos vorbeigegangen. Konsumentinnen und Konsumenten, die ihr Geld hauptsächlich in einfache Sparprodukte angelegt haben hatten keinen Wertverlust zu beklagen. Sind aber insofern von der Finanzkrise betroffen als die Banken ihre verminderten Finanzierungskosten an die Verbraucher nicht weitergegeben haben

Dazu wären noch die Schäden zu erwähnen, die durch „irreführende“ Finanzprodukte entstanden sind, bei denen die Schäden deutlich über den „normalen“ Kursrückgängen liegen.

Und auch die Summen, die den Verbraucherinnen durch zu niedrige Sparzinsen vorenthalten wurden bzw. die sie durch zu hohe Kreditzinsen an die Banken verloren haben, wären zu erwähnen.

2. Wo sich die Banken das Geld der Kunden holen

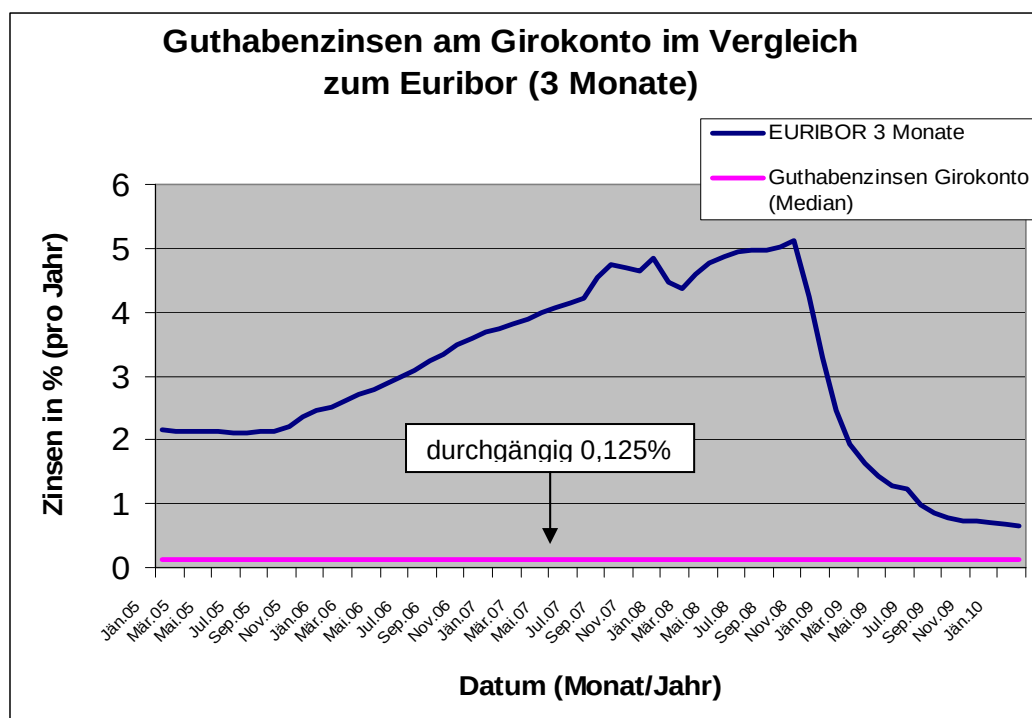
2.1. Zinsen

2.1.1. Zahlungsverkehr/Girokonto

In einer Auswertung der Daten des AK-Bankenrechners wurden die Zinsen und Spesen von 54 Kontoprodukten von insgesamt **31 Banken** im Zeitablauf (**2/2005-2/2010**) analysiert und bewertet.

a) Habenzinsen (Guthabenzinsen):

Mit Ausnahme einiger weniger Kontomodelle (z.B. die Luxusvariante der RLB NÖ Wien) bewegen sich die effektiven Habenzinsen auf Girokonten nahe an 0%. Denn der von den 31 Banken gewährte **durchschnittliche Zinssatz (Median)** beträgt **durchgehend – das heißt von 1/2005 bis 2/2010 – 0,125%** vor Kapitalertragssteuer. Entscheidend ist, dass die angebotenen Habenzinsen von der Entwicklung des Euribor (1 Monat) abgekoppelt sind, wie aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht: Das heißt die Guthabenzinsen lagen immer wesentlich unter jenen Zinsen, die im Interbankgeschäft bezahlt werden. Mit den Guthabenzinsen am Girokonto konnte die Inflation (VPI 2005 bis 2009 betrug zwischen 2,3% und 0,5%) **nicht** abgedeckt werden.

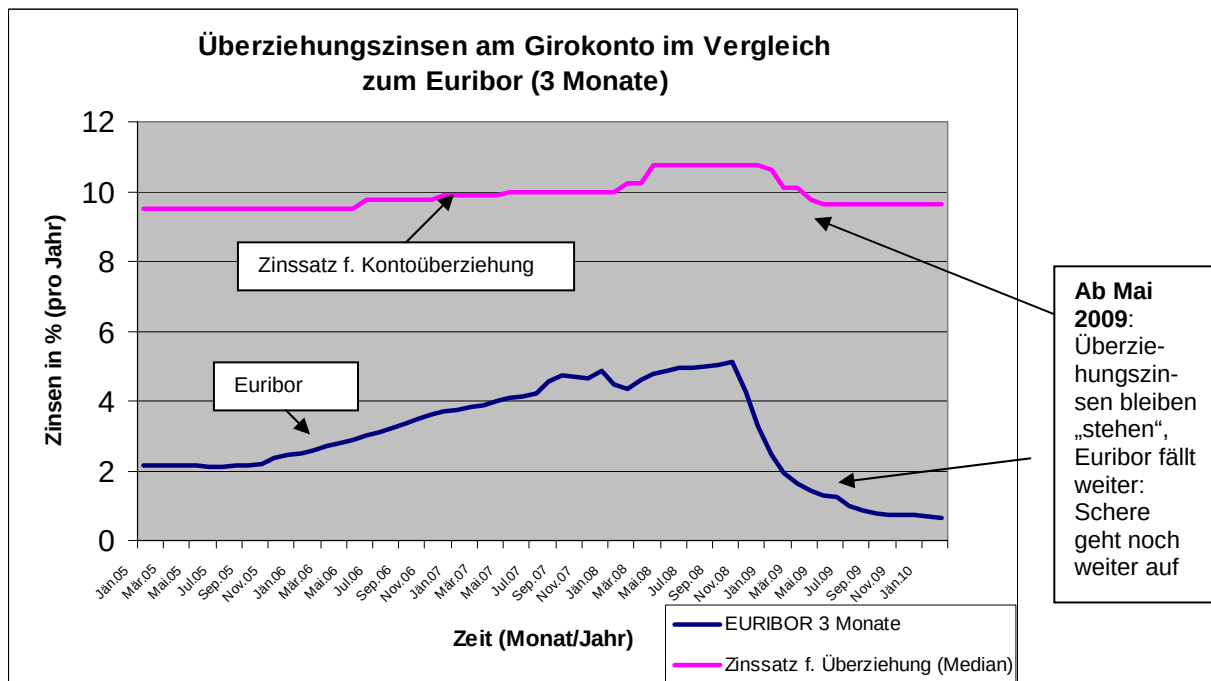


Ein Guthabenzinssatz von 0,125% (vor Kest) ergibt einen Netto-Zinssatz von 0,094%. Dieser Nettozins, der auf Giroeinlagen im Durchschnitt (Median) bezahlt wird, ergibt – nach Abzug der Allgemeinen Preisentwicklung bzw. des VPI – **ein reales Veranlagungsminus** zwischen – 2,206% (2005) und -0,406% (2009):

Datum	Guthaben- zinssatz nach Kest	Verbrau- cherpreis- index (VPI)	Realer Veranla- gungszins (nach VPI)
2005	0,094%	2,3%	-2,206%
2006	0,094%	1,5%	-1,406%
2007	0,094%	2,2%	-2,106%
2008	0,094%	3,2%	-3,106%
2009	0,094%	0,5%	-0,406%

- b) **Überziehungszinsen:** Die Zinsen für eine Kontoüberziehung bewegen sich im Zeitraum 1/2005 bis 1/2010 in einem Mittelwert (Median) zwischen 9,5% und 9,625%.

Das bedeutet, dass die Zinsen für Kontoüberziehungen praktisch auf identem Niveau – und ebenfalls abgekoppelt von den Geldmarktzinsen – stehen geblieben sind. Zuletzt sind die Zinsen sogar leicht angestiegen (auf 9,625%). Aus der Grafik wird ersichtlich, dass die Senkung der Überziehungszinsen nicht in jenem Ausmaß erfolgt, wie der Euribor (3 Monate) gefallen ist.



Schlussfolgerung:

- Die **Überziehungszinsen** wurden von den Banken angehoben, als die Geldmarktzinsen gestiegen sind. Hingegen haben die Banken die Über-

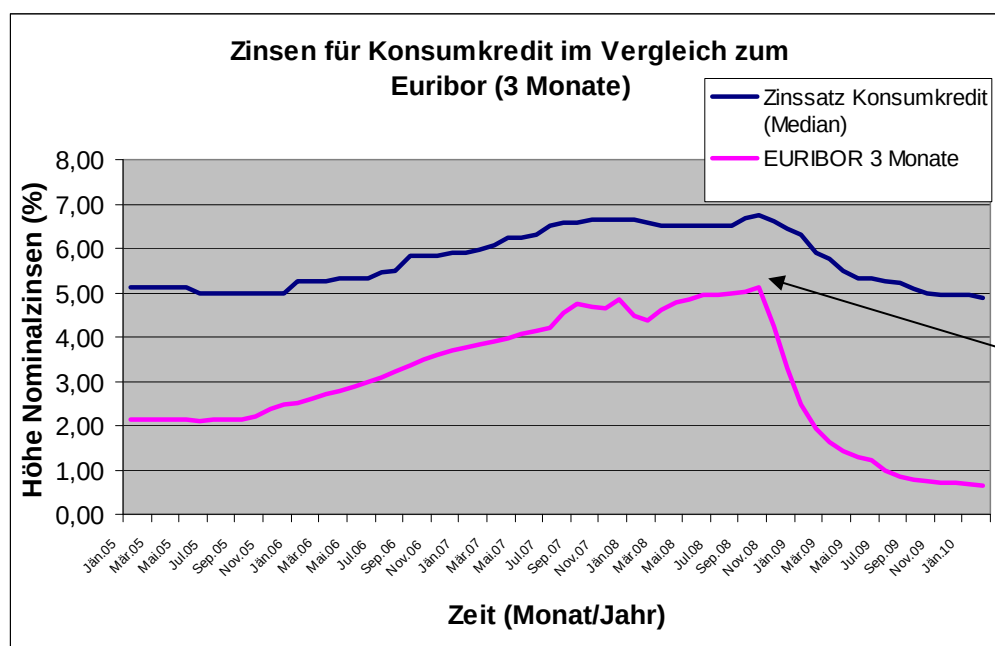
ziehungszinsen kaum abgesenkt, als die Geldmarktzinsen gefallen sind. Der Abstand („Schere“) zwischen Refinanzierungskosten (Euribor) und Überziehungszinsen ist sogar seit der Finanzkrise größer geworden. Seit Mai 2009 „stehen“ die Überziehungszinsen, während der Euribor weiter kräftig gesunken ist.

- Die **Guthabenzinsen** sind überhaupt starr und offenbar von den Geldmarktzinsen abgekoppelt. Aus der Zeitreihe ist ersichtlich, dass sich ein durchgängiger(durchschnittlicher) Habenzinssatz von 0,125% eingependelt hat. Die Guthabenzinsen lagen immer wesentlich unter dem Euribor. Die Inflation konnte nicht ausgeglichen werden.

2.1.2. Kreditzinsen

Es wurden die von der AK erhobenen Konditionen (Zinsen, Spesen) von **26 Banken** eines Verbraucherkredites (für Konsumzwecke) analysiert und im Zeitablauf von 1/2005 bis 2/2010 ausgewertet:

Entwicklung der **Kreditzinssätze** (Nominal – Angebot für Neukunden)

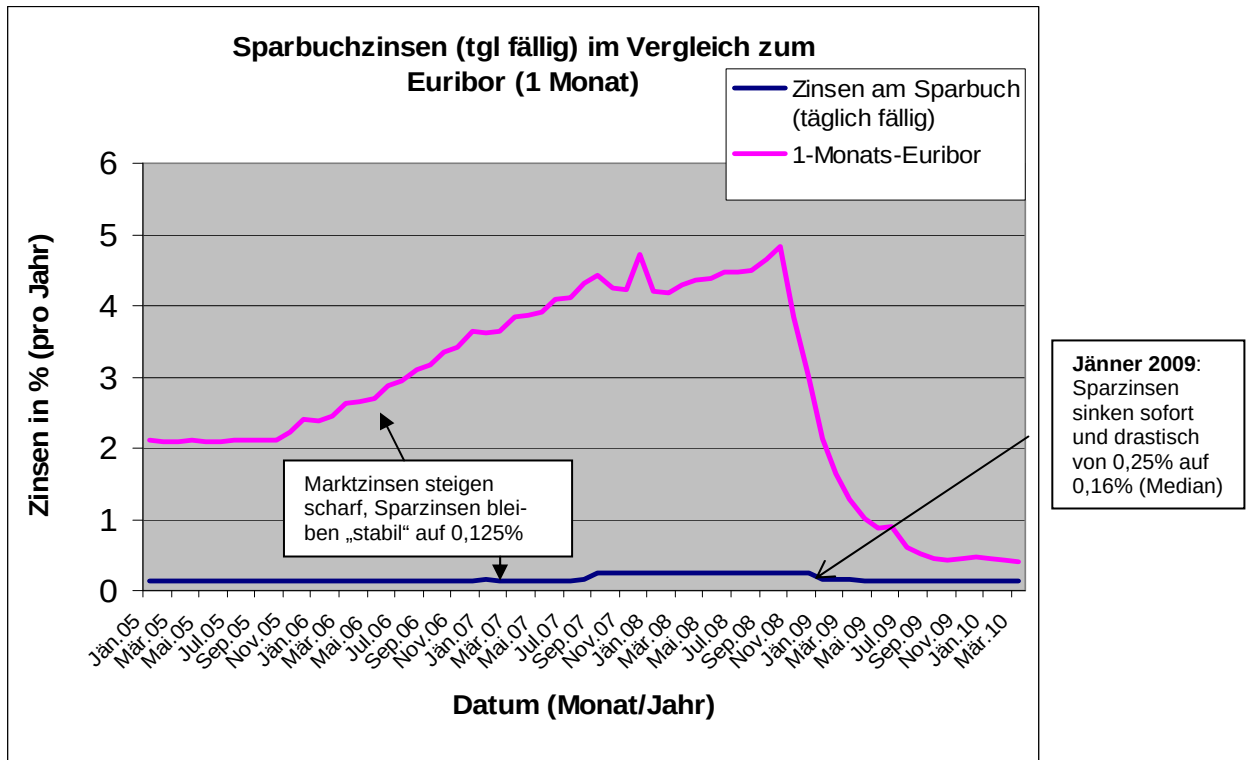


Auch hier ist zu beobachten, dass im Anschluss an die Finanzkrise seit 2009 die Kreditzinsen bei weitem nicht so stark gesunken sind wie der Euribor und damit die Banken kräftig verdient haben.

2.1.3. Sparbuchzinsen

Es wurden die Konditionen (Zinsen, Spesen) von **49 Banken** aus 8 Sparproduktbereichen (täglich fällig, Kapitalsparen mit verschiedenen Laufzeiten) analysiert und im Zeitablauf von 1/2005 bis 2/2010 ausgewertet:

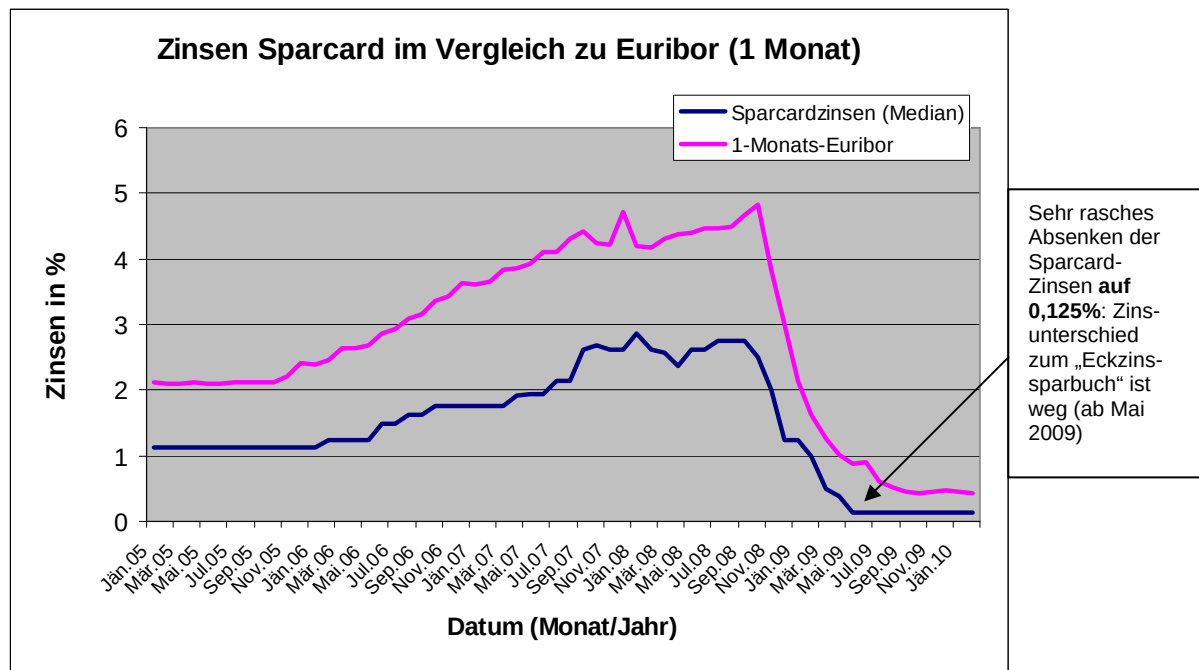
- a) Bei **täglich fälligen Sparzinsen** gibt es bei vielen Bankinstituten einen praktisch fixen **Zinssatz von 0,125%** (vor Kapitalertragssteuer), der auch in Zeiten hoher Euribor-Vergleichswerte nicht nach oben korrigiert wird. Im Zeitreihenvergleich zeigt sich, dass die Zinssätze für täglich fällige Sparbücher auf 4,625% (Maximalwert) angestiegen, zuletzt (Februar 2010) jedoch auf bis zu 0,063% (Minimalwert) gefallen sind.



Aus dem Diagramm wird ersichtlich, dass der scharf steigende Euribor-Wert ab 2006 bis Oktober 2008 praktisch keine Auswirkung auf den durchschnittlich angebotenen Zinssatz für täglich fälliges Geld mit sich brachte.

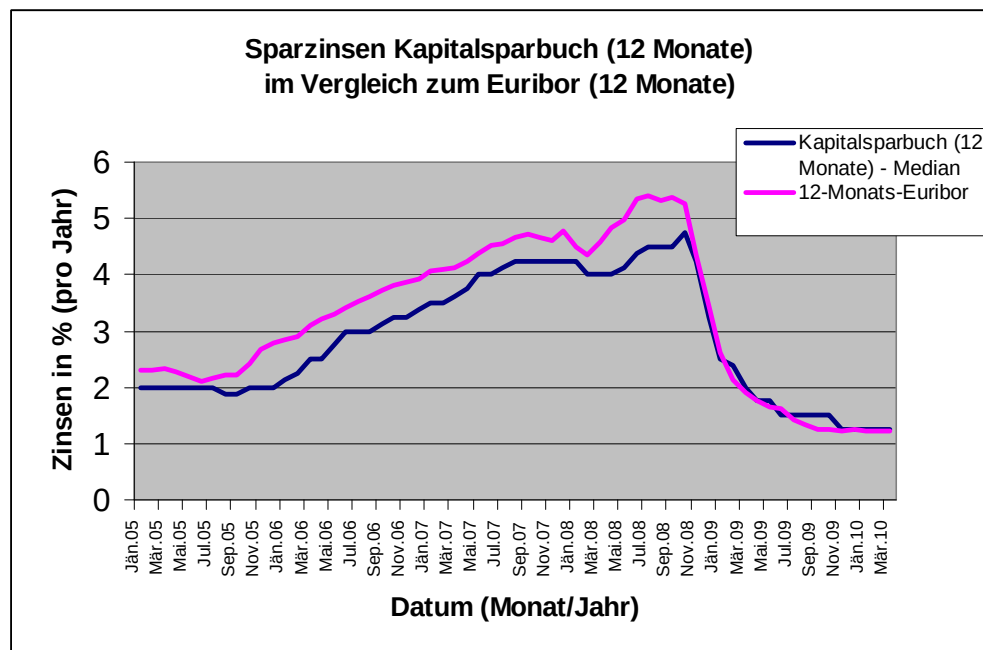
Trotz höherem Euribor blieben die Zinsen auf niedrigstem Niveau.

- b) Bei **SparCards** gibt es für täglich fällige Spareinlagen zwar etwas mehr Zinsen als am herkömmlichen Eckzinssparbuch, diese positive Zinsdifferenz ist in letzter Zeit aber merklich zurückgegangen. Momentan gibt es auch für Einlagen auf einer Sparcard teilweise nur mehr einen Zinssatz in der Höhe von 0,125% (vor Kapitalertragssteuer).



Die Sparcard-Zinsen (täglich fällig) zeigen eine zum Euribor (1 Monat) synchron verlaufende Entwicklung, was daraus schließen lässt, dass es eine im Vergleich zum Sparbuch zeitnähere Anpassung der Sparcard-Zinsen an Geldmarktzinsen gibt.

- c) Die Zinsen für **Kapitalsparbücher** orientieren sich am jeweiligen Euribor-Vergleichswert. Die Zinsen für Kapitalsparbücher (12 Monate) „orientieren“ sich am Euribor (12 Monate) bzw. die Zinskurven zeigen einen synchronen Verlauf; dh Zinssenkungen werden bei den Sparbüchern gerne und prompt an die Kunden „weitergegeben“.



Zusammenfassung

Zinsen (Median) bei Sparbüchern, Girokonto, Krediten									
	Juli 2007	Okt 2007	April 2008	Okt 2008	April 2009	Juli 2009	Aug 2009	Feb 2010	Juni 2010
Konto-Überziehungszinsen	10%	10%	10,75%	10,75%	9,75%	9,625%	9,625%	9,625%	9,625%
Kreditzinsen (Konsumkredit 5 J. Laufzeit, nominal)	6,5 %	6,63%	6,5%	6,75%	5,5%	5,25%	5,23%	4,88%	4,625%
Euribor 6 Monate	4,28%	4,66%	4,59%	5,18%	1,61%	1,21%	1,12%	0,96%	0,98%
Differenz Euribor - Kreditzin-sen	2,22%	1,97%	1,91%	1,57%	3,89%	4,04%	4,11 %	3,92%	3,645%
Kapitalssparbuch (1 Jahr Bindung)	4,125%	4,25%	4%	4,75%	1,75%	1,5%	1,5%	1,25%	1,125%

- Die Leitzinsen sind seit der Finanzkrise niedrig wie sie es in den Jahren zuvor nicht waren.
- Die Zinsen für die Sparbücher (Kapitalssparbücher und auch die günstig beworbene Sparcard) sind gefallen oder konstant auf niedrigem Niveau (Null-Niveau) (Girokontohabenzinsen, täglich fällige Sparbücher). Bei Sparprodukten haben die Banken die Sparzinsen sehr rasch und nach unten angepasst.
- Die Kreditzinsen und die Überziehungszinsen bewegen sich jedoch kaum nach unten – und vor allem nicht in jenem Ausmaß, wie die Geldmarktzinsen abgesunken sind. Die Folge: Die Zinsspanne zwischen Kreditzinsen und den Geldmarktzinsen ist seit dem Ausbruch der Finanzkrise immer mehr auseinander gegangen. Aus der oben angegebene Tabelle ist ersichtlich, dass die Differenz aus Kreditzinssatz (Median) im Oktober 2007 und Euribor (6 Monate) 1,97%-Punkte beträgt. Im Vergleich dazu beträgt die Zinsdifferenz Euribor – Kreditzinssatz im Juni 2010 beträchtliche 3,66 %-Punkte.

2.2. Gebühren

- Banken holen sich in zunehmenden Maße zusätzliche Erträge über Gebühren
- Die Gebühren stiegen meist stärker als die Inflationsrate
- Teilweise werden auch kleine Gebühren erfunden, beispielsweise die neue Bankomatgebühr der Tiroler Raiffeisen Landesbank

2.2.1. Gebühren beim Gehaltskonto

Während die Auszahlung eines Barbetrags (**Barauszahlungsentgelt**) direkt am Schalter bei manchen Bankinstituten bzw. Kontomodellen kostenlos ist, kann dies bei anderen Kontomodellen bis 2,50 Euro kosten.

Die **Spesen für die Bareinzahlung** zugunsten eines **institutsfremden Kontos** sind im Zeitablauf kräftig gestiegen: Betrug der Mittelwert (Median) im 1/2005 2 Euro, ist dieser Wert auf 3 Euro angestiegen (1/2010). Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Preissteigerung von 8,45%. Diese Preiserhöhungen liegen weit über der allgemeinen Preisentwicklung (VPI).

Für die **Änderung bzw. vorzeitige Stornierung von Daueraufträgen** wird aber - je nach Bank und Art der Änderung (händisch in der Filiale) bis zu 3,00 Euro - in Rechnung gestellt. Von 56 untersuchten Kontoprodukten weisen 25 Kontoprodukte (und somit fast die Hälfte aller Produkte) Spesen zwischen 0,15 und 3 Euro auf. Bei 31 untersuchten Produkten gibt es keine Zusatzspesen.

Zu den teuersten Nebenspesen zählen die Kosten, die dem Kunden für die **Nichtdurchführung einer Lastschrift (mangels Kontodeckung)** verrechnet werden. Diese Nichtdurchführungsspesen sind im Zeitraum von 1/2005 bis 1/2010 durchschnittlich pro Jahr um 3,71% gestiegen.

Zeilengebühren für automatisierte Gutschriften sind zwar zumeist kostenlos (bzw. in der Kontoführungsgebühr pro Quartal inkludiert), aber im Zeitreihenvergleich zeigt sich, dass sich die Preisgrenzen ebenfalls nach oben verschoben haben: In 1/2005 betrug die von den 56 untersuchten Kontopaketen verrechnete Zeilengebühr (Gutschriften) maximal 50 Cent, während in 1/2010 bis zu (maximal) 1,50 Euro für die Gutschriftverrechnung anfallen können. Unter diesem Gesichtspunkt haben sich (auch) die Zeilengebühr – anhand der wichtigen Position Gutschriften am Konto – vervielfacht.

Trotz der Fülle an verschiedenen Varianten und den unterschiedlichsten Spesen zeigt sich, dass im Beobachtungszeitraum die Gesamtkosten – unabhängig vom Nutzerprofil – im Mittelwert konstant gestiegen sind.

2.2.2. Kreditgebühren

- Die von der AK erhobene (bei Krediten einmalig verrechnete) **Bearbeitungsgebühr** bei Konsumkrediten beträgt zwischen 0% und 4%, wobei die Verrechnung von keinen Bearbeitungsgebühren den Ausnahmefall darstellt. Die im Durchschnitt ermittelte Bearbeitungsgebühr beträgt zwischen 2 und 3% (was bei einem Kredit in der Höhe von 20.000 Euro bis 600 Euro ausmacht.)

- **Kontoführungsgebühren**

Medianwerte für Kreditkontospesen pro Quartal (auf Monatsbasis, 26 Banken)

Datum	Kontospesen / Quartal (Euro)	Wertsteigerung Kontospesen	VPI
Jänner/2005	6,55	--	--
Jänner/2006	7	6,9%	2,3%¹⁾
Jänner/2007	7	0%	1,5%
Jänner/2008	7,5	7,1%	2,2%
Jänner/2009	8	6,7%	3,2%
Jänner/2010	8,03	0,4%	0,5%

Fußnote 1): VPI für das Kalenderjahr 2005

Diese Zahlen zeigen, dass die Preissteigerungen beim Kreditkonto die jeweiligen Verbraucherpreisindizes zum Teil erheblich übersteigen.

Fazit: Die Kontospesen für das Kreditkonto sind häufig wesentlich kräftiger gestiegen als die (allgemeinen) Verbraucherpreise (VPI). Die Kontospesen pro Quartal wuchsen jährlich im Durchschnitt um 4,2%, wenn man den Median (6,55 Euro) vom Jänner 2005 mit dem Medianwert (8,03 Euro) aus Jänner 2010 miteinander vergleicht.

- Der **Verzugszinssatz** – verrechnet bei Ratenverzug - liegt über die Jahre hinweg konstant bei 5%. Es gibt nur wenige Banken, die aktuell weniger als 5% verrechnen (zum Beispiel 3% Sparda Bank Linz, 4% Volksbank Ried/Innkreis).
- Die Spesen für die **1. Mahnung** stiegen im Beobachtungszeitraum von 10 Euro (Medianwert, 1/2005) auf 12 Euro (Medianwert, 1/2010). Das entspricht **einer jährlichen durchschnittlichen Preissteigerung von 3,7%**, wenn man den Basiswert von Jänner 2005 (Median: 10 Euro) mit dem Wert vom Jänner 2010 (Median: 12 Euro) vergleicht.

Auffallend ist auch bei diesen Spesen die große Bandbreite der Spesenhöhe: Es gibt einige Banken, die bei einer ersten Mahnung ohne Gebühren auskommen, während andere Banken dafür bis zu 26,50 Euro verrechnen.

Die durchschnittlichen Spesen für die **2. Mahnung** sind im Beobachtungszeitraum stärker gestiegen als die Spesen für die erste Mahnung: Denn die **durchschnittliche jährliche Preissteigerung von 5,3%**, wenn man den Basiswert von Jänner 2005 (Median: 19,5 Euro) mit dem Wert vom Jänner 2010 (Median: 25,25 Euro) vergleicht.

Nicht alle Banken versenden eine dritte Mahnung. In manchen Fällen gibt es statt der dritten Mahnung (bereits) die Androhung der Fälligestellung bzw. die Fälligestellung selbst. Die durchschnittlichen Spesen für die **3. Mahnung** sind im Beobachtungszeitraum moderat gestiegen: Die **durchschnittliche jährliche**

che Preissteigerung beträgt **0,58%**, wenn man den Basiswert von Jänner 2005 (Median: 29,54 Euro) mit dem Wert vom Jänner 2010 (Median: 30,40 Euro) vergleicht. Für Kunden, die ein drittes Mahnschreiben erhalten, kann es teuer werden: Die Höchstsätze für eine dritte Mahnung betragen 100 Euro.

2.2.3. Sparbuchgebühren

Spesen im Sparbereich, insbesondere die Sparbuch-Schließungsspesen haben sich im Beobachtungszeitraum wenig markant geändert:

- Es gibt zwar einerseits Banken, die die Schließungsspesen jährlich anpassen (z.B. Erste Bank).
- Es gibt einige wenige Banken, die die Schließungsspesen sprunghaft über dem Inflationssatz anpassen.
- Es gibt auch Banken, die auf die Schließungsspesen gänzlich verzichten.

Im Bereich der Sparcards oder sonstiger alternativer Sparformen können auch zusätzliche Spesen (Kontoführungsgebühr, Kartengebühr) verrechnet werden:

- Eine Kontoführungsgebühr pro Quartal in der Höhe von bis (maximal) 1,05 Euro
- Eine Kartengebühr (für die Sparkarte) von bis (maximal) 12,50 Euro pro Jahr
- Sonstige Zusatzspesen für Barbehebung am Schalter, zB 2,28 Euro.

2.2.4. Gebühren beim Wertpapierdepotgeschäft

Im Wertpapierdepotgeschäft sind die Spesen teilweise kräftig gestiegen:

Bank Austria

Vergleicht man die Spesen für den Depotübertrag an eine inländische Bank (exkl. Fremdkosten und USt.) sind die Spesen vom Jahr 2002 bis 2010 um 9,84% gesunken (EUR 1,43)

Im Gegensatz dazu sind die Kosten für ein Wertpapierverrechnungskonto pro Jahr im selben Zeitraum um 13,21% gestiegen (EUR 5,76)

Bawag/PSK

Die jährliche Mindestgebühr je Wertpapierdepot für eigene und fremde Emissionen (exkl. USt.) ist von 2002 bis 2010 um 13,28% gestiegen (EUR 2,39)

Erste Bank

Die Depotführungsspesen (exkl. USt.) für die Sammelverwahrung eigener und fremder Emissionen im Inland pro Jahr sind zwischen 2002 und 2010 um 10% gestiegen (0,02%).

RLB NÖ-Wien

Die jährliche Mindestgebühr je Wertpapierdepot für eigene und fremde Emissionen (exkl. USt.) ist von 2002 bis 2010 um 8,13% gestiegen (EUR 1,22)

VB Wien

Beim Kauf und Verkauf festverzinslicher Wertpapiere ist eine Preissteigerung von 96,9% festzustellen. Im Jahr 2002 wurden 25,40 Euro Mindestgebühr beim Kauf und Verkauf an der Börse Wien verrechnet, im Jahr 2010 bereits 50,00 Euro.

Die jährliche Mindestgebühr je Wertpapierposition für eigene und fremde Emissionen (exkl. USt.) ist von 2002 bis 2010 um das Doppelte gestiegen (EUR 2,50)

Die jährliche Mindestgebühr je Wertpapierdepot für eigene und fremde Emissionen (exkl. USt.) ist von 2002 bis 2010 um 103,3% gestiegen (EUR 12,70)

2.3 Fremdwährungskredite

Es gibt in Österreich rund 250.000 Fremdwährungskreditverträge, mit denen sich private Haushalte ihren Wohnraum finanzieren. Die Finanzkrise trifft viele Fremdwährungskreditnehmer ins Bein: Denn der Schweizer Franken, die Lieblingswährung der Fremdwährungskreditnehmer, hat seit dem Ausbruch der Finanzkrise kräftig aufgewertet und somit viele ins Schwitzen gebracht – in unerwarteter Art und Weise. Denn das Währungsrisiko wurde von Vermittlern kleingeredet, zumeist mit den Worten: „Der Franken ist eh stabil“. Fakt jedoch ist: Das Währungsrisiko ist schlagend geworden und fällt jenen auf den Kopf, die das Märchen vom „stabilen Franken“ geglaubt haben. Was derzeit passiert: Banken kontaktieren ihre Kunden, und machen sie auf die plötzlich unberechenbare Währung aufmerksam.

Die Lieblingsvariante der Vermittlerbranche ist der endfällige Fremdwährungskredit: Das bedeutet, dass die Kreditschuld, die zu Beginn (vom ausbezahlten Euro-Kreditbetrag) in Schweizer Franken umgerechnet wird, haftet bis Laufzeitende in voller Höhe aus („endfällig“).

Wer oder was soll den Kredit zurückbezahlen? Das die sogenannten Tilgungsträger, also Ansparprodukte, die die Profite erwirtschaften sollen, mit denen am Ende der volle Kredit zurückbezahlt wird. Die Vermittlerbranche freute sich über den sehr guten Vertrieb von Fondsparplänen, Lebensversicherungen und – vor allem in den letzten Jahren - fondgebundene Lebensversicherungen als derartige Rückzahlungsvehikel. Das Problem, vor denen die Kreditnehmer stehen: Die versprochenen Renditen („6% machen wir!“) sind nicht eingetroffen – und werden in vielen Fällen auch niemals eintreffen, im Gegenteil: Etliche Kreditnehmer stehen mit entwerteten Ansparprodukten da, die nicht in der Lage sind, die Kredite („endfällig“) abzudecken. Es drohen große Lücken zu Laufzeitende, was für die kreditgebenden Banken Anlass ist, ihre Kunden – mehr oder weniger dringend, aber häufig mit merklichen Druck - zur Nachversicherung anzuhalten. Die Fremdwährungskreditnehmer sind in eine Doppelmühle geraten – der Wechselkurs hebt derzeit die Kreditschuld, die kapitalmarktbasierten Ansparprodukte hingegen knicken ein.

Die AK fordert, dass die Banken ihre Kunden, die weder diese Zocker-Kredite erfunden und auch das Wechselrisiko nicht kleingeredet haben, nicht im Regen stehen lassen dürfen. Zu einem fairen Umgang mit den Kreditnehmern gehört auch, dass offensichtliche Fälle von Fehlberatung nicht auf Kosten der Kreditnehmer gehen dürfen.

2.4 Produkte nach wie vor intransparent

Viel zu kompliziert, teils undurchschaubar, wenig Informationen, fehlende Kosten – so stellen sich die neuen Veranlagungs-, Spar- und Vorsorgeprodukte auch nach Ausbruch der Finanzkrise für KonsumentInnen dar.

Es ist ein falsches Signal, wenn bereits wieder so unklare Finanzprodukte auf dem Markt sind. Eigentlich müssen die Banken aus der Krise lernen und das Vertrauen der Konsumenten wieder stärken. Aber das Gegenteil scheint der Fall.

+ Keine einfachen Produkte

Die Werbung erweckt den Eindruck, als ob es sich um einfache, sichere und gut verzinsten Produkte handelt – aber oft ist genau das Gegenteil der Fall: Es sind häufig komplizierte, kaum verständliche Anlageprodukte. Viele Banken setzen auf kapitalgarantierte Versicherungsprodukte, vor allem auf indexgebundene Lebensversicherungen.

+ Mangelhafte Informationen

Die Infogestaltung der Anbieter ist durchgängig mangelhaft. Auf den Homepages, Produktfoldern, aber auch bei den Beratungsgesprächen findet man nicht einmal die notwendigen Informationen, um das Produkt verstehen zu können. Manko: Die Bankberater bekommen ebenfalls das Produkt meist ohne viele Informationen vorgesetzt und müssen es an den Mann/die Frau bringen.

+ Fehlende Kostenangaben

Es hapert an Angaben zu den Kosten, etwa Produktkosten oder sonstige Nebenspesen wie für das Wertpapierdepot: Auch wichtige Vertragsbestandteile blieben unerwähnt. Die den Produkten zu Grunde liegenden Geschäftsbedingungen (AGB), allfällige geprüfte Wertpapierprospekte oder sonstige fundierte Angaben zu den Produkten fehlten fast durchgängig.

+ Unzulässiger Vergleich mit Sparbuchzinsen

Zinsen, Renditen, garantierte Summen werden oft mit Sparbuchzinsen verglichen.

2.5 Wie es um die Transparenz der Spesen steht

Wie gut informieren Banken über Zinsen, Spesen, Gebühren? Diese Frage ist berechtigt, denn viele Bankkunden ärgern sich über Spesen, die überraschend oder in unerwarteter Höhe verrechnet werden. Plötzlich tauchen am Kontoauszug Spesen auf, die Rätsel aufgeben: Woher stammen diese Spesen? Warum sind sie so hoch? lauten Fragen, die immer wieder auftauchen.

Die AK hat erhoben, wie gut die Banken über Spesen, Gebühren und Zinsen (Sparen, Privatkredit) informieren. Dazu führte die AK einen Zins- und Spesencheck auf den Homepages von **13 Banken** durch (März 2010):

Die wichtigsten Ergebnisse des Homepage-Checks: Die Speseninformationen auf den Homepages sind sehr dürftig. Bessere Informationsstandards gibt es in Punkto Zinsen (Sparbücher am besten, weniger gut: Kredit).

- Zu **Spesen**: Von den acht untersuchten Filialbanken veröffentlichten sechs gar keine (oder nur sehr dürftige) **Informationen über Spesen** zu Girokonto/Zahlungsverkehr, Sparen, Kredite, Wertpapiere. Die fünf untersuchten Websites der Direktbanken sind informativer: Vier von fünf Homepages enthalten Angaben über anfallende Spesen im Privatkundengeschäft.
- Zu **Zinsen**: Einen besseren **Informationsstandard** gibt es bei **Zinsangaben** über Spar- und Kreditprodukte. Positiv ist, dass alle untersuchten Banken Zinsangaben über Sparprodukte veröffentlichen. Hingegen sind Angaben über Kreditzinsen nicht durchgängig zu finden. Die Hälfte der Banken bietet umfangreiche Zinsangaben zu Krediten. Auf zwei Homepages finden sich allerdings gar keine Kreditkonditionen.

Websitecheck

Die Homepages folgender Banken wurden auf die Bereitstellung von Gebühren/ Spesen für Produkte aus Zahlungsverkehr (Giroprodukte), Kredite, Sparen und Wertpapiere hin überprüft: Bank Austria, Bawag/PSK, Santander, Hypo NÖ-Wien, ELB NÖ-Wien, VB Wien, WSK Bank, Erste Bank, Generali Bank, ING-DiBa, easybank.at, livebank.at, bankdirekt.at.

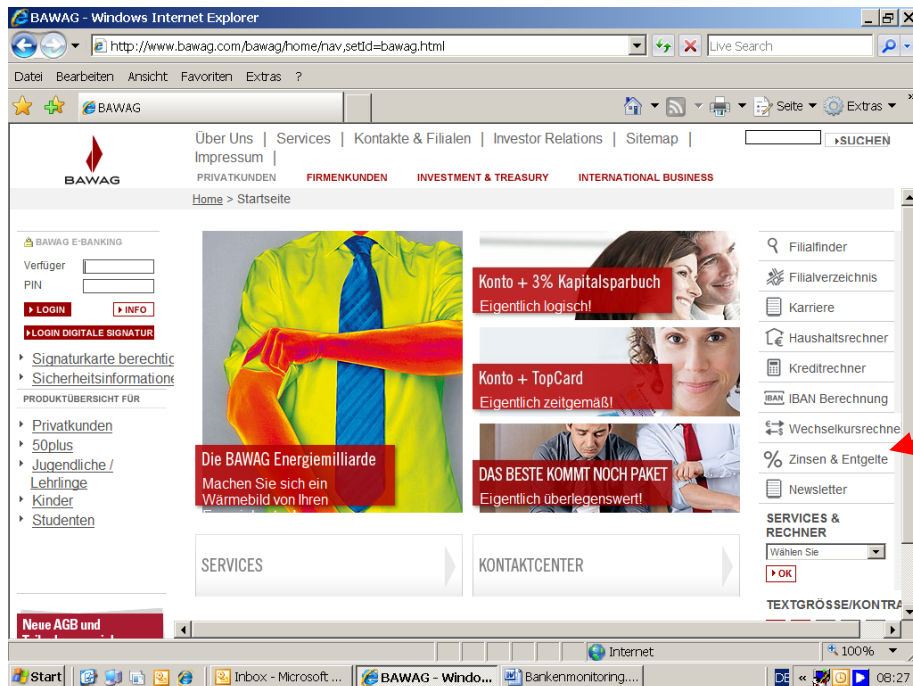
Die Banken-Homepages im Detail

Bank Austria

Auf der hp www.bankaustria.at werden keine Informationen zu Gebühren oder Spesen bereitgestellt. Es werden nur Paketpreise bzw. Anfangszinssätze für die angebotenen Sparprodukte angeführt.

Bawag/PSK

Informationen zu Gebühren und Spesen sind sehr leicht zu finden und übersichtlich dargestellt. Direkt auf der hp www.bawag.at (bzw. www.pskbank.at) rechts am Bildschirmrand findet sich eine Auflistung von Services, darunter auch der Punkt „Zinsen und Entgelte“. Mit einem Klick finden KonsumentInnen detaillierte Informationen zu Giroprodukten und Wertpapieren sowie grundlegende Informationen über Gebühren und entgelte sowie ausführliche Informationen über die jeweiligen Zinssätzen für Spar- und Kreditprodukte.



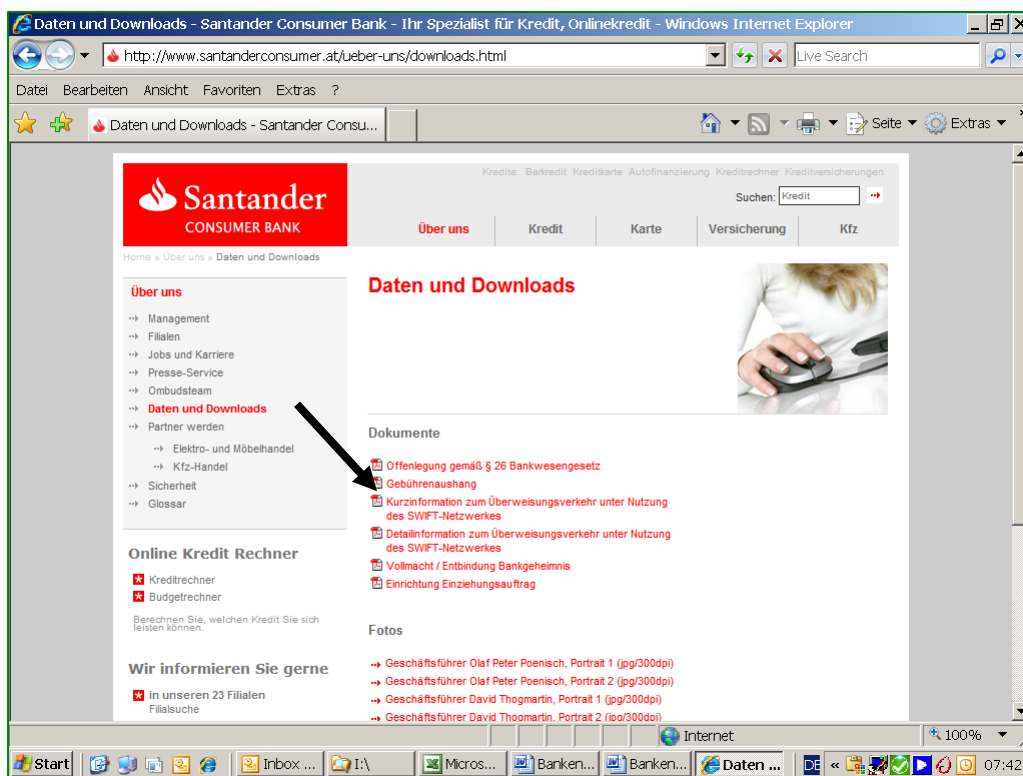
Mittwoch 24.03.2010



Montag 29.03.2010

Santander Consumer Bank (ehemals GE Money Bank)

Direkt auf der homepage www.santanderconsumer.at unter dem Reiter „über uns“ findet sich ein Punkt „Daten und Downloads“. Mit einem zweiten Klick gelangt man zum Punkt „Gebühren und Spesen“ unter dem KundInnen einen ausführlichen Gebührenrechner für die angebotenen Giro- und Kreditprodukte herunterladen können. Allerdings sind keinerlei Informationen über die Verzinsung der Kreditprodukte angegeben. Auch der auf der homepage angebotene Kreditrechner liefert keine weiteren Informationen.



Mittwoch 24.03.2010

Hypo Niederösterreich Wien

Auf www.hypolandesbank.at sind keinerlei Informationen zu Gebühren bzw. Spesen auffindbar, für Sparprodukte gibt es allerdings eine sehr übersichtliche Auflistung der Verzinsung der jeweiligen Produkte. Für Kreditprodukte sind die Informationen bzgl. Verzinsung nicht besonders übersichtlich und auch nicht zu jedem Produkt verfügbar.

RLB NÖ-Wien

Auf www.raiffeisenbank.at werden keine Informationen zu Gebühren und Spesen bereitgestellt. Informationen zu den angebotenen Zinssätzen für Sparprodukte sind beim jeweiligen Produkt mittels link verknüpft aufgelistet. Die Informationen zur Verzinsung der Kreditprodukte ist weder vollständig noch besonders übersichtlich gestaltet.

VB Wien

Auf www.volksbank.at werden lediglich einige Informationen über Gebühren und Spesen bei Privatkonten zu Verfügung gestellt. Auch Informationen bzgl der Verzinsung von Spar- und Kreditprodukten sind nur bei einigen wenigen Produkten angegeben.

WSK

Auf www.wsk-bank.at können keine Informationen zu Gebühren bzw. Spesen gefunden werden. Positiv ist allerdings, dass die Informationen zur Verzinsung von Sparprodukten und Sofortkrediten einfach zu finden und übersichtlich gestaltet sind.

Erste Bank

Auf www.erste.at werden einige wenige Konditionen zur Girokontoführung bereitgestellt. Eine sehr übersichtliche Auflistung der für Sparprodukte angebotenen und für Sofortkredite verrechneten Zinssätze ist verfügbar.

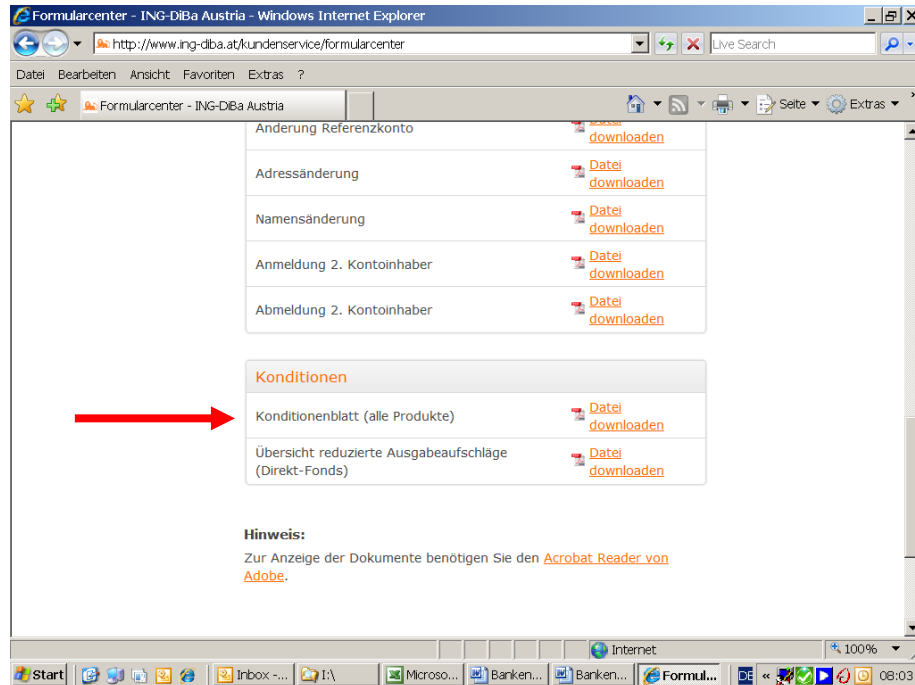
Generali Bank

Die Direktbank Generali Bank (www.generalibank.at) bietet detaillierte Informationen zu Gebühren und Spesen an. Auf der Hauptseite finden sich links zu den einzelnen Produkten. Im Anhang wird jeweils eine sehr übersichtliche Auflistung der verrechneten Gebühren und Spesen, sowie der die Spar- und Kreditprodukte betreffenden Zinssätze, zu Verfügung gestellt. Ebenfalls sehr benutzerfreundlich ist die Tatsache, dass sich unter dem link „wir über uns“ einen Punkt „Preis- und Zinsausgang“ befindet, in dem sämtliche Informationen zu Gebühren, Spesen und Zinssätzen gesammelt bereitstehen.



ING DiBa

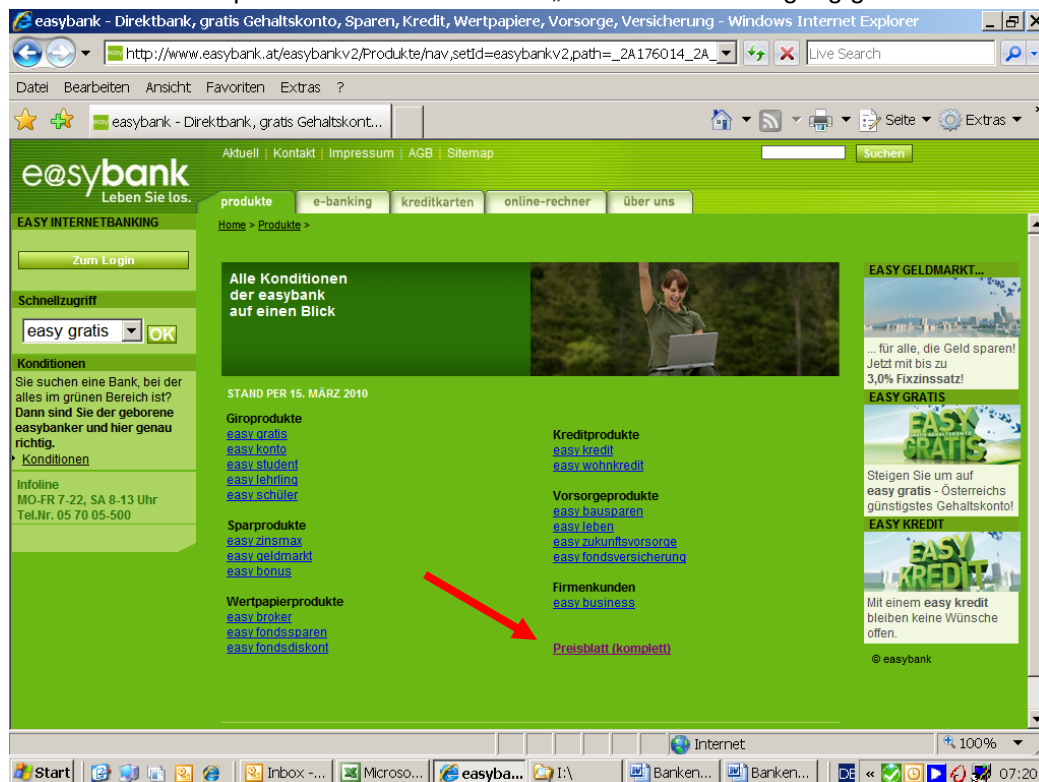
Sehr einfach sind Gebührenaushänge auch bei der ING-DiBa (www.ing-diba.at) zu finden. Gebühren, Spesen und Zinssätze werden bei den jeweiligen Spar- Kredit- und Wertpapierprodukten bzw. in dem Reiter „Kundenservice“ und dem Punkt „Formularcenter“ gesammelt als pdf zum Download zu Verfügung gestellt.



Mittwoch 31.03.2010

easybank.at

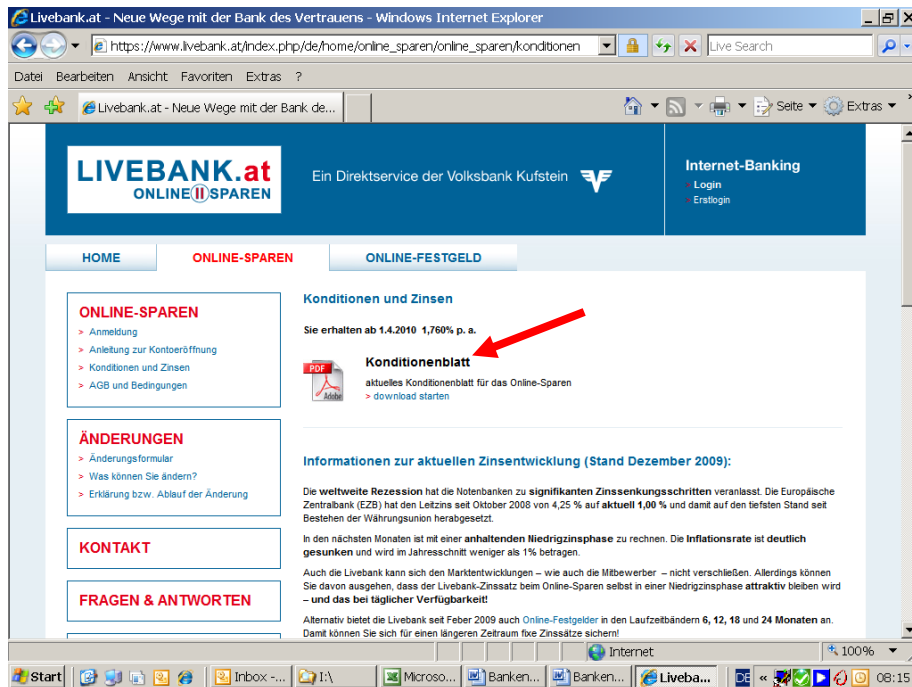
www.easybank.at: KonsumentInnen können ausführliche und übersichtliche Gebühren, Spesen- und Zinssatzaufstellungen zu jedem angebotenen Produkt einzeln abrufen bzw. wird ein komplettes Preisblatt im Reiter „Produkte“ zu Verfügung gestellt.



Mittwoch 31.03.2010

livebank.at (VB Kufstein)

www.livebank.at: direkt beim jeweiligen von der Direktbank angebotenen Spar-Produkt findet sich ein Punkt „Konditionen und Zinsen“. Im Konditionenblatt werden die Gebühren und Zinsen sehr übersichtlich dargestellt.



Donnerstag 25.03.2010

bankdirekt.at

Direkt auf der Hauptseite www.bankdirekt.at sind Gebühren- und Spesenübersichten, sowie Auflistungen der angebotenen Zinssätze bei Sparprodukten unter dem Punkt „Konditionen“ einzeln abrufbar.



Übersicht

Filialbanken: Informationsgehalt über **Spesen** auf Homepages

	Bank							
Informationen über Spesen u. Gebühren	Bank Austria	Bawag PSK	Santander	Hypo NÖ-Wien	RLB NÖ-Wien	VB Wien	WSK	Erste Bank
Zahlungsverkehr / Giroprodukte	-	x	x	-	-	wenige Info.	-	-
Kredite	-	einige Info.	x	-	-	-	-	-
Sparen	-		-	-	-	-	-	-
Wertpapiere	-	x	-	-	-	-	-	-

Direktbanken: Informationsgehalt über **Spesen** auf Homepages

	Bank				
Informationen über Spesen u. Gebühren	Generali Bank	ING DiBa	easybank.at	livebank.at	bankdirekt.at
Zahlungsverkehr Giroprodukte	x	-	x	-	x
Kredite	x	x	x	-	-
Sparen	x	x	x	wenig Info.	x
Wertpapiere	x	x	x	-	x

Werden Informationen zur **Verzinsung** (Zinssätzen) bereitgestellt?

Bank	Sparprodukte	Kreditprodukte
Bank Austria	ja	nein
Bawag/PSK	ja	zu allen Produkten
Santander	-	nein
HYPO NÖ-Wien	ja	Bildungskredit Wohnkredit fix
RLB NÖ-Wien	ja	Mein Sofortkredit
VB Wien	ja	Bauspardarlehen
WSK	ja	Sofortkredit Womans Choice
Erste Bank	ja	s Komfort Kredit s Komfort Kredit plus s Bauspardarlehen
Generalibank	ja	zu allen Produkten
ING DiBa	ja	zu allen Produkten
easybank.at	ja	zu allen Produkten
livebank.at	ja	-
bankdirekt.at	ja	-

3. Schlussfolgerungen und Forderungen

Konsumentinnen und Konsumenten sind von den Auswirkungen der Finanzkrise unmittelbar und stark betroffen:

- Durch Wertverluste der Wertpapiere
- Durch zu hohe Kreditzinsen
- Durch zu niedrige Sparzinsen
- Durch ausufernde Nebengebühren
- Durch Beinahetotalverlusten bei riskanten und irreführenden Produkten
- Durch Verluste bei fondgebundenen Lebensversicherungen
- Durch Probleme bei der neuen Zukunftsvorsorge
- Durch Probleme bei Fremdwährungskrediten

Welche Maßnahmen wären zu setzen?

1. Neue Rahmenbedingungen für die Finanzmärkte

Naturgemäß am wichtigsten ist es Rahmenbedingungen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene zu schaffen, die die Finanzmärkte und deren Akteure in ein Regelwerk bringen, dass Vorkommnisse wie in der Vergangenheit nicht mehr möglich sind. Die bisherigen Ansätze sind zwar bemüht aber letztlich unzureichend. Aus der Sicht der AK sind weitergehende Maßnahmen notwendig (siehe Anhang).

2. Banken sollen Kunden fair behandeln

Von den Banken ist ein fairer Umgang mit den Kunden zu fordern was die Zinsen, Gebühren und Fremdwährungskredite betrifft. Es ist nicht akzeptabel, dass auch weiterhin den Kunden intransparente Produkte angeboten werden, dass die Informationen teilweise völlig unzureichend sind.

3. Mehr und verständlichere Informationen über Bankprodukte

Für die Zukunft ist auch auf gesetzgeberischer Ebene sicherzustellen, dass gewisse Mindestinformationen den Kunden zur Verfügung gestellt werden.

+ Einfache, verständliche Produkte

Die Produkte müssen sicher und für den Konsumenten durchschaubar sein. In den letzten Jahren wurden zunehmend Produkte so gestaltet, dass sie für den Anleger nicht verständlich sind, etwa unkonkrete Angaben über Produktmerkmale, Risiken, Kosten, Garantiegeber. Es darf auch keine „Produkthüllen“ geben, in die zwei verschiedene Produkte verpackt sind.

+ Internet nutzen

Informationen zu Kapitalmarktprodukten etwa sollen für die KonsumentInnen zentral über Internet abrufbar sein, etwa auf der Internetseite der Wiener Zeitung.

+ Preisaushang im Internet

Für Konsumenten kann es eine einfache Maßnahme zur Erhöhung der Spesentransparenz geben: Der Preishang, der alle Entgelte für Dienstleistungen aufzulisten hat, soll auf den Homepages der Banken verfügbar sein.

+ „Beipackzettel für Anlageprodukte“

Im Zuge der Finanzkrise ist klargeworden, dass viele Konsumentinnen und Konsumenten in der Vergangenheit Produkte gekauft haben über deren Ausgestaltung und Qualität sie falsche Vorstellungen gehabt haben bzw vom Vertrieb der Finanzprodukte und von der Bewerbung der Finanzprodukte bewusst in die Irre geführt wurden. Aus diesem Grunde ist es notwendig, als einer von mehreren Schritten, mehr Transparenz bei Anlageprodukten zu haben.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine breite Debatte über die Instrumente einer solchen erhöhten Transparenz.

Ein Vorschlag geht in Richtung Geldampel, dh durch eine farbliche Codierung sollen die einzelnen Produkte gemäß ihres Risikos eingeteilt werden.

Rot bedeutet: Achtung – Gefahr !

Gelb bedeutet: Ein Risiko oder ein Nachteil ist vorhanden.

Grün bedeutet: Empfehlenswert oder unbedenklich.

Eine solche farbliche Codierung ermöglicht es den Konsumentinnen und Konsumenten mit einem Blick ein Risiko zu erkennen.

Angesichts der Erfahrungen von Ampeln in anderen Bereichen (Lebensmittel) darf allerdings vermutet werden, dass eine solche Lösung auf genereller Ebene kaum durchsetzbar ist.

Eine größere Chance auf Durchsetzung haben sogenannte „Produktinformationsblätter“, dh ein „Beipackzettel“ für Finanzprodukte.

In Deutschland hat die Verbraucherministerin einen Vorschlag für ein solches Produktinformationsblatt in der Öffentlichkeit präsentiert. Einige Banken (Deutsche Bank) haben solche Produktblätter eingeführt.

Neben der Produktbezeichnung Anbieter und Produktbeschreibung werden in diesem Informationsblatt

- die Risiken,
- die Rendite,
- die Kosten,
- und die Verfügbarkeit,

dargestellt.

Aus der Sicht der Arbeiterkammer ist diese Art des Produktinformationsblattes sicher eine wertvolle Hilfe für die Konsumentinnen und Konsumenten. Die AK fordert vom Finanzminister, dass eine solche standardisierte Form der Information für alle Finanzprodukte, die sich an Letztconsumenten wenden, verpflichtend vorgeschrieben wird.

Beispiel für ein Produktinformationsblatt (Aktienfonds)

1. Produktbezeichnung	xxx-Fonds, ISIN: xxxxxxxxxx
2. Produktart	Aktienfonds
3. Anbieter/ Emittent	xxx (Bank) xxx (Emittent)
4. Produktbeschreibung	Der Aktien-Investmentfonds ist ein Wertpapier-Sondervermögen, das sich aus einer Vielzahl von durch das Fondsmanagement nach dem Prinzip der Risikostreuung ausgewählten in- und ausländischen Aktien zusammensetzt. Anleger erwerben einen Bruchteil am Fondsvermögen, der gemäß dem investierten Kapitalbetrag errechnet wird. Der Fonds hat eine unbegrenzte Laufzeit. Der aktuelle Rücknahmepreis der Fondsanteile wird banktäglich auf der Basis des aktuellen Kurswertes der im Fonds enthaltenen Wertpapiere ermittelt.
5. Risiken	<u>Kursrisiko/Geschäftsrisiko</u> Es besteht die Möglichkeit geringer und größerer Kursverluste durch schlechte Managementleistungen, die negative Entwicklung einzelner Aktien oder der Aktienmärkte insgesamt. Über den Erwerb der indirekt durch die Fondsanteile verbrieften Aktienanteile geht der Anleger bezogen auf die einzelnen Aktiengesellschaften ein unternehmerisches Risiko bis hin zum Totalverlust ein. Dies kann durch die Steuerung auf viele Aktienwerte abgemildert werden. <u>Emittentenrisiko/Kreditrisiko</u> Das Produkt unterliegt nicht der Einlagensicherung . Die durch den Fonds erworbenen Wertpapiere bilden ein vom Vermögen der Fondsgesellschaft getrenntes Sondervermögen , an dessen Wert der Anleger gemäß der Anzahl der erworbenen Fondsanteile beteiligt ist. Das bedeutet, dass das Anlagekapital als Sondervermögen rechtlich vom Vermögen des Fondsanbieters getrennt ist. Sollte der Fondsanbieter insolvent werden, fließt das Anlagevermögen nicht in die Insolvenzmasse ein. <u>Fremdwährungsrisiko</u> Es bestehen Währungsrisiken durch Investitionen in auf andere Währungen lautende Wertpapiere.
6. Rendite	<u>Laufende Erträge</u> Der Aktienfonds bietet keine festen Erträge. Die jährliche Ertragsausschüttung ist abhängig von den erzielten Dividenden- und Zinserträgen. <u>Kursgewinne</u> Die Investition in den Aktienfonds bietet die Chance auf einen langfristigen Kapitalzuwachs durch eine positive Entwicklung der Kurse der im Fonds enthaltenen Wertpapiere. Erzielte Kursgewinne können durch den Verkauf der Anteile zum gestiegenen Rücknahmepreis realisiert werden.
7. Kosten	<u>beim Erwerb</u> • Ausgabeaufschlag: x % (regulär: y %) • Erwerbskosten bei Börsenkauf (Bankprovision und Maklercourtage, Höhe abhängig vom Erwerbsweg) <u>im Bestand</u> • Verwaltungsvergütung p.a.: x %, davon Bestandsprovision: x % • Erfolgsabhängige Vergütung: keine • Gesamtkosten (TER) p.a.: x % • Außerdem fallen innerhalb des Fonds Transaktionskosten für den An- und Verkauf von Wertpapieren an. <u>bei Veräußerung/Kündigung</u> • Verkaufskosten bei Börsenverkauf (Bankprovision und Maklercourtage, Höhe abhängig vom Veräußerungsweg)
8. Verfügbarkeit	Die Fondsanteile können börsentäglich zum aktuellen Rücknahmepreis an die Fondsgesellschaft zurückgegeben werden. Ein Verkauf über die Börse ist ebenfalls möglich.
9. Besteuerung	Die gutgeschriebenen Zins- und Dividendenerträge sowie realisierte Kursgewinne unterliegen der Abgeltungssteuer. <i>Hinweis: Zur Klärung steuerlicher Fragen sollte ein/e Steuerexperte/in eingeschaltet werden.</i>
10. Sonstiges	Ein Nachweis der Termingeschäftsfähigkeit ist nicht erforderlich. Risikomaß: Sharpe-Ratio

Anhang

Die AK fordert:

- 1. Die Einführung von Bankenabgabe und Finanztransaktions-Steuer:** Beide Maßnahmen stellen einen längst überfälligen Solidarbeitrag jenes Sektors dar, der als Ganzes von den bisherigen Stützungsmaßnahmen profitiert hat. Zudem kann mit ihnen übermäßiges Risiko eingedämmt und abgefangen werden.
- 2. Regulierung und Zurückdrängen der Ratingagenturen:** Interessenskonflikte und Intransparenz, keine Haftungen für ihr Handeln kennzeichnen die Ratingagenturen. Die Gesetzgeber-Innen sollten nur mehr Ratings zulassen, für die kein Haftungsausschluss besteht. Außerdem sollten Zinsänderungs-Klauseln in Kreditverträgen, die bei einer Änderung des Unternehmensratings die Kreditzinsen erhöhen, abgeschafft werden. Dadurch wären Banken dazu angehalten, ihr ureigenstes Geschäft – die Risikoprüfung – wieder ernst zu nehmen.
- 3. Mehr Durchgriffsrechte** für die europäische Finanzmarktaufsicht: Die Schaffung der drei europäischen Aufsichtsbehörden kann nur ein Zwischenschritt hin zu einer wirklichen europäischen Aufsicht sein, die auch entsprechende Durchgriffsrechte hat.
- 4. Aus für den Handel mit Derivaten „über die Budel“ („over the counter“):** Voraussetzung für einen funktionierenden Finanzmarkt ist die Schaffung von Transparenz. Diese kann nur erreicht werden, wenn die Produkte über geregelte Börsen oder zumindest über Clearingstellen mit einer zentralen Gegenpartei gehandelt werden können und umfassende Meldepflichten eingeführt werden.
- 5. Einschränkung der Spekulation:** Die AK fordert ein Verbot von Leerverkäufen auf fallende Kurse und eine Einschränkung der Spekulation auf Rohstoffe und Nahrungsmittel.
- 6. Verschärfte Kontrolle der Hedgefonds:** Nach der auf EU-Ebene bereits beschlossenen Registrierung von Hedgefonds muss nun auch in ihre Praktiken eingegriffen werden. Zentraler Punkt ist etwa die Beschränkung und Überwachung der so genannten Hebelfinanzierung, bei der Hedgefonds auf Kredit spekulieren. Außerdem fordert die AK einen unmittelbaren Schutz vor gefährlichen Finanzspekulationen.
- 7. Für Anleger und ArbeitnehmerInnen** in Unternehmen, die von Hedgefonds übernommen werden, muss es einen besseren Schutz geben. Auch sollten Verbriefungsgesellschaften in die Regulierung mit aufgenommen werden, die mit dem weltweiten Verkauf amerikanischer Immobilienkredite großen Schaden angerichtet haben.
- 8. Bankeninsolvenzrecht:** Aus der jüngsten Krise müssen Lehren für das Risikoverhalten von ManagerInnen und AktionärInnen gezogen werden. Es braucht ein Insolvenzrecht für Banken, denn die Banken wissen nun, dass sie „too big to fail“ sind und aufgefangen werden. Dies führt zu bewusstem Fehlverhalten („moral hazard“). Im Vordergrund muss die Rettung der Bankfunktionen stehen (Kreditversorgung, Spareinlagen,...), ohne gleichzeitig die Eigentümer mitretten zu müssen, die vorher vom exzessiven Risiko profitiert haben.

Regulierung der globalen Finanzmärkte – jetzt!

Eine neue europäische Kampagne geht in die Offensive für einen Kurswechsel bei den globalen Finanzmärkten. Die Initiatoren von "EuropäerInnen für eine Finanzmarkt-reform" sind unter anderem der EGB, der IGB, die SPE sowie das Global Progressive Forum. ÖGB und AK waren unter den ersten Organisationen, die die Kampagne mit-tragen.

Die Forderungen der Kampagne

Regulierung der Finanzmärkte:

Wir wollen strenge Aufsicht und demokratische Kontrolle der Finanzmärkte erreichen. Finanzinstitutionen müssen besser reguliert und falsche Anreizsysteme, wie ManagerInnengagen, beschränkt werden.

Transparenz:

Die Krise hat ein undurchsichtiges Schattenbanksystem ans Licht gebracht, in dem in aller Ruhe die riskantesten Spekulationen betrieben wurden. Wir wollen Transparenz in diesem System schaffen.

ArbeitnehmerInnen zuerst:

Die Rechte der ArbeitnehmerInnen und der Schutz der Arbeitsplätze muss wieder Vorrang vor reiner Profitgier haben.

Kampf gegen Steuerbetrug:

Gerade jetzt brauchen die Staaten jeden Cent. Steuerschlupflöcher müssen geschlossen werden.

Bekämpfung der Spekulation:

Durch Einführung einer Finanztransaktionssteuer wird kurzfristige Spekulation weniger attraktiv. Nachhaltige Investitionen müssen Vorrang vor riskanter Spekulation haben.

KonsumentInnenschutz:

Bankgeschäfte müssen zu fairen Bedingungen für KonsumentInnen und Unternehmen abgewickelt werden.